



Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen  
Landesgruppe Wien

Juli 2007

In dieser Nummer:

- Einladung zur Enquete „Sozialarbeit auf Diät“
- Veranstaltungsbericht „Ein Recht auf Wohnen“
- Bericht der Generalversammlung 2007

## „Sozialarbeit auf Diät“

Die Auswirkungen der Umstrukturierung im sozialen Sektor und bei sozialen Dienstleistungen auf die KlientInnen und MitarbeiterInnen

Eine Veranstaltung der OBDS - Landesgruppe Wien

am **9.11.2007**

in Wien **13, Kardinal König Platz 3**  
(Kardinal König Haus)

mit einem abendlichen **Abschlussfest**

*nähere Infos Seite 2*

*Anmeldung unter [www.wien-sozialarbeit.at](http://www.wien-sozialarbeit.at)*

**Nr. 163**      **1-2007**  
**Zulassungs Nr.: 02Z030995**

**P.b.b**

Impressum:

Verlagspostamt: 1060 Wien, Aufgabepostamt: 1150 Wien

Herausgeber: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen,  
Landesgruppe Wien (OBDS-Wien)

1060 Wien, Mariahilferstr. 81/1/14 Tel: 587 46 56 Fax: Kl. 10

Homepage: <http://www.wien-sozialarbeit.at> E-mail: [wien@sozialarbeit.at](mailto:wien@sozialarbeit.at)

Bank Austria: BLZ: 12000 Kto.Nr.: 665 024 006

## Sozialarbeit auf Diät!?

Sozialarbeit stellt aus ihrer Profession heraus den Anspruch und auch die Forderung, KlientInnen in einem Veränderungsprozess zu begleiten, dabei eine professionelle Beziehung zu ihnen aufzubauen und sich ihrer Probleme mit methodisch abgestimmten Interventionen anzunehmen. Für die gemeinsame Lösungserarbeitung sind sowohl zeitliche als auch strukturelle Ressourcen erforderlich.

Die Entwicklungen der letzten Jahre werfen jedoch die Frage auf, in wie weit Sozialarbeit diesen Aufgaben noch gerecht werden kann.

Hier versucht diese Tagung anzusetzen. Neben Hauptvorträgen sollen an verschiedenen Tischen Professionalisten aus unterschiedlichen Bereichen (Schuldnerberatung, MA 15, FSW,...) ihre Erfahrungen schildern und mit den Tagungsteilnehmern in Diskussion treten.

Die Grundfrage ist, in welche Richtung sich Sozialarbeit im Moment entwickelt.

Kann professionelle Sozialarbeit unter den bestehenden Umständen überhaupt noch stattfinden?

Ein wesentlicher Aspekt dieser Veranstaltung ist die Frage, inwieweit ethische und methodische Standards der Sozialarbeit ihre Entsprechung im „Ressourcensystem“ finden können. Um die Qualität des sozialarbeiterischen Handelns aufrechterhalten zu können, ist es wichtig, die politischen und ökonomischen Entscheidungsträger von der Notwendigkeit ausreichender Ressourcen zu überzeugen.

Sozialarbeit hat aus diesem Verständnis heraus einen politischen Auftrag.

Daher muss sie nicht nur sich selbst regelmäßig hinterfragen, sondern auch beständig mit den Entscheidungsträgern das Gespräch suchen.

Nähere Infos betreffend Kosten und Anmeldemodalitäten werden zeitgerecht auf unserer Homepage [www.wien-sozialarbeit.at](http://www.wien-sozialarbeit.at) bekannt gegeben.

# Ein Recht auf Wohnen

*Ein Veranstaltungsbericht von Rudolf Rögner*

## Podiumsgäste:

DSA **Doris Graber** (Leiterin der Wiener Wohnungslosenhilfe im FSW)

DSA **Hermann Schuster** (Leiter des Startwohnungsreferat der Caritas Wien)

DSA **Günter Wimmer** (Leiter-Stellvertreter von P 7 der Caritas Wien)

Vor einigen Monaten wurde in Frankreich ein einklagbares Recht auf Wohnen gesetzlich verankert. Aus diesem Anlass blickte der obds Wien auf die Situation der Wiener Wohnungslosenhilfe. Dies geschah im Rahmen einer durchaus spannenden Podiumsdiskussion, welche sich etwas mehr Publikum verdient hätte.

## Die wohnpolitischen Forderungen der Caritas

referierte Hermann Schuster:

a) Abschaffung der Mindestgrenze für das Einkommen beim Bezug der Wohnbeihilfe in Wien

b) Die Wohnbeihilfe muss in allen Bundesländern auch für MigrantInnen möglich sein.

c) Kein erweitertes Weitergaberecht in den Mietverträgen der gemeinnützigen Bauvereinigungen. Dadurch kämen vermehrt günstigere Genossenschaftswohnungen zur Vergabe und könnten an einkommensschwache Wohnungssuchende vergeben werden. Die Genossenschaften sind hier leider dem aus wohnpolitischer Sicht schlechten Beispiel der Gemeinde Wien gefolgt.

Wie aus einem Bericht des europäischen Parlaments hervorgeht, sind die sozialen Menschenrechte – und dazu gehört auch das Recht auf Wohnen – in einigen Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten verankert. In etlichen dieser Länder fehlen aber einfachgesetzliche Bestimmungen, welche dieses Recht einklagbar machen würden, sodass die Verfassungsbestimmung nur eine Willenskundgebung darstellt. Österreich und Großbritannien sind die einzigen beiden EU-Länder, in denen keinerlei soziale Grundrechte in der Verfassung verankert sind, dennoch gibt es hier auf dem Wohnungssektor eine lange sozialpolitische Tradition.

## Einen Überblick über das Angebot der Wiener Wohnungslosenhilfe

gab Doris Graber. Ihr Dienstgeber, der Fonds Soziales Wien (FSW) arbeitet als zentrale Stelle für Planung, Steuerung und finanzielle Förderung. Für akut Wohnungslose stehen Plätze in Nachtquartieren zur Verfügung, welche untertags geschlossen sind. Nach einer Clearingphase kommt es zur Übersiedlung in ein Übergangwohnhaus, wo mit sozialarbeiterischer Betreuung die Fähigkeit zum Wohnen wieder erworben werden soll. Ziel ist selbständiges Wohnen, entweder in einer eigenen Wohnung (Gemeinde- oder Privatwohnung) oder in einem Sozial betreuten Wohnhaus (ehemals „SeniorenInnenwohnhaus“) (=Dauerwohnplatz) Als Zwischenstufe ist bei Bedarf auch die Unterbringung in einer sozialbetreuten Übergangswohnung für 1-2 Jahre möglich.

### **Für die Zukunft werden derzeit folgende Pläne verfolgt:**

a) Ausbau der Sozial betreuten Dauerwohnplätze für ehemalige PatientInnen der Geriatrie. Jene Menschen, welche sich durch die Betreuung in einem Pflegeheim wieder soweit erholt haben, dass die aufwändige medizinische Betreuung nicht mehr benötigt wird, sollen einen solchen Wohnplatz erhalten. Denn in vielen Fällen wurde die bisherige Wohnung bereits aufgelöst. Anfänglichen Schätzungen zu Folge besteht hier ein Bedarf von rund 400 Plätzen, bis 2010 sollen diese zur Verfügung stehen. Ausbau der Sozial betreuten Wohnplätze auch für Personen aus der Wohnungslosenhilfe.

b) Ab August 2007 soll eine neue „Begutachtungsstelle“ (= „Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe“) des FSW in der Laudongasse 31 (1080) tätig werden. Sie übernimmt einen Teil der Aufgaben von P7. Geleitet von einer Sozialarbeiterin wird das multiprofessionelle Team wohnungslosen Menschen Leistungen im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes (WSHG) zuerkennen. Der FSW ist Sozialhilfeträger und für die Gewährung von Unterkunft zuständig.

c) In den letzten Jahren wurde immer mehr über die unterschiedlichen Bedürfnisse der akut wohnungslosen Menschen diskutiert. Für Drogenkranke braucht es ein anderes Angebot als für psychisch Kranke oder Menschen mit einem Haustier oder Familien. Es sollen nicht für jede Gruppe eigene Häuser errichtet werden. Den unterschiedlichen Bedarfslagen soll so begegnet werden, dass von außen die entsprechenden Dienste zugekauft werden (Liaisondienste des PSD oder der Suchtkrankenhilfe, Hauskrankenpflege, usw.).

d) Derzeit stehen in Wien rund 2900 Plätze zur Verfügung. Im nächsten Jahr sollen 3 neue Sozial betreute Wohnhäuser mit insgesamt rund 180 Plätzen eröffnet werden, bis 2010 soll der Ausbau von zusätzlichen 800-1000 neuen Plätzen abgeschlossen sein.

e) Die Schließung des Hauses Kastanienallee (ehemals Familienherberge) war für Ende 2006 vorgesehen. Zu diesem Zweck wurden auch 50 Gemeindewohnungen von der „wieder wohnen“ GmbH – einer 100% Tochter GmbH des FSW für die BewohnerInnen dieses Hauses angemietet. Bewähren sie sich, geht der Hauptmietvertrag auf die Familie über. Trotz aller Bemühungen leben derzeit noch rund 70 Familien im Haus, da aufgrund von Delogierungen immer wieder Familien nachkommen.

### **Die täglichen Erfahrungen in P7**

waren das Thema von Günter Wimmer. An P 7, einer Wien weit tätigen Clearingstelle, kann sich jede akut wohnungslose Person wegen Schlafplatzes wenden kann. Nach der Zuweisung zu einem Nächtigerplatz klärt P 7 die Einkommenssituation und vermittelt dann einen Wohnplatz in einer Übergangs- oder Dauereinrichtung. Derzeit kommt es zu 2300 KlientInnen-Kontakte im Monat. 150 neue KlientInnen sprechen monatlich in der Stelle wegen eines Schlafplatzes vor.

Für folgende KlientInnen-Gruppen reicht das derzeitige Angebot nicht:

a) Akut wohnungslose Menschen mit einem Hund: Nur wenige Häuser sind grundsätzlich bereit bzw. haben die Möglichkeit auch Haustiere aufzunehmen.

b) Drogenkranke: In etlichen Übergangwohnheimen sind einige Plätze für diese Zielgruppe vorgesehen. Da diese Plätze bei weitem nicht reichen, kommt es derzeit zu einer Wartezeit von einem Jahr.

c) Die Wartezeit auf einen Dauerplatz in einem Einzelzimmer dauert derzeit 6 Monate. Diese Zeit wird durch das Übernachten in Nächtigerquartieren überbrückt, welche allerdings untermittags geschlossen sind. Dies bringt vor allem für Menschen Probleme, welche krank sind und Bettruhe benötigen würden und für jene, welche abends oder in der Nacht berufstätig sind. Ihnen fehlt die Zeit zum Schlafen. Entscheidet sich der Betreffende für ein Zweibettzimmer, beträgt die Wartezeit nur 2-4 Wochen.

d) Wünschenswert wäre eine andere Regelung für MigrantInnen. Generell sollten sie nach einem Aufenthalt in Österreich von 5 Jahren zu einer Versorgung durch einen Wohnplatz von der Sozialhilfe berechtigt sein.

Besonderer Ausbaubedarf besteht im Bereich der Nächtigerbetten für Frauen. Während bei Männern das derzeitige Angebot ausreicht, müssen Frauen öfter abgewiesen werden.

Auch von Seiten der NGOs werden die Bemühungen des Fonds Soziales Wien der laufenden Verbesserungen des Angebots gewürdigt.

### **Forderungen und Reformvorschläge aus der Diskussion**

a) Die Delogierungsprävention sollte reformiert werden. Würde sie besser funktionieren, gäbe es in der Wohnungslosenhilfe weniger Engpässe. Ärgerlich sei hier, dass diesbezüglich seit mehreren Jahren keine Einigung der beteiligten AbteilungsleiterInnen möglich war (MAG ELF und MA 15). Von der FAWOS wäre geplant, dass die eigene Zuständigkeit auf alle bedrohten Wohnungen Wien weit ausgedehnt wird. Die beiden Magistratsabteilungen würde ihre Zuständigkeit in diesem Feld abgeben (und auch die Anzahl der damit beschäftigten Dienstposten).

b) Gefordert wird auch ein nachgehendes Arbeiten. Schuster stellt als Vorbild die Delogierungsprävention in NÖ vor, wo in jedem Fall ein Hausbesuch bei den MieterInnen einer gefährdeten Wohnung durchgeführt wird, wenn 2 Schreiben unbeantwortet bleiben. Einige TeilnehmerInnen vermissen, dass viele DSA aus Zeitmangel oder aufgrund fehlenden Interesses an diesem Arbeitsbereich keine Finanzplanung/Haushaltsplanung mit den KlientInnen durchführen wollen. Dadurch kann es zu keinen Lernschritten bei den Betroffenen kommen. Sie erhalten dann vielleicht 1-3 Mal eine Geldaushilfe zur Abwendung der zwangsweisen Räumung. Da dieses Ressource aber begrenzt ist, verlieren sie beim nächsten Mal die Wohnung dann doch.

c) Im Bereich der Zuweisung einer eigenen Wohnung reicht es nicht mehr, auf das Angebot von Wiener Wohnen zurückzugreifen. Deshalb müssten auch vermehrt Wohnungen aus dem privaten Sektor oder dem Bereich der Genossenschaften lukriert werden. Allerdings gäbe es hier noch zu wenig politische Vorgaben, sodass viel vom persönlichen Einsatz der MitarbeiterInnen der zuständigen Stelle abhängt (Hermann Schuster).

Breiten Raum hatte auch das Thema Integration von MigrantInnen.

Im Anschluss wurde zu einer Stärkung mit Getränken und Aufstrichbroten geladen.

## **Bericht von der Generalversammlung 2007:**

Diese fand bei einem guten Klima, noch besseren Büffet und reger Teilnahme (14 Personen) statt. Es gab keinerlei Anträge, Tätigkeitsbericht ist auf der Homepage nachzulesen.

Im Frühjahr 2008 (nächste Generalversammlung) wird ein neuer Vorstand gewählt. Wir laden jetzt schon alle Interessierten herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein. Da einige der Vorstandsmitglieder bereits seit vielen Jahren ihre Funktion ehrenamtlich ausüben, wäre es an der Zeit, ein wenige „frischen Wind“ in den Vorstand zu bringen. Einen ersten Schritt hat Hr. Bernhard Ettenauer gemacht, der uns seit Frühjahr 2007 tatkräftig unterstützt.

## **Mitgliedsbeiträge:**

Wir möchten uns bei zwei Drittel unserer Mitglieder für die Bezahlung des diesjährigen Mitgliedsbeitrags bedanken.

Beim restlichen Drittel möchten wir uns gerne spätestens zu Weihnachten 2007 bedanken können!